

Satzung

Gemäß § 44 des Bremischen Landesmediengesetzes (BremLMG) vom 22. März 2005 (Brem.GBl. S. 71) erlässt die Bremische Landesmedienanstalt folgende Satzung für den Bürgerrundfunk:

§ 1 Begriffsbestimmung, Zweck

(1) Die Bremische Landesmedienanstalt betreibt in eigener Trägerschaft den Offenen Kanal in den Städten Bremen und Bremerhaven.

(2) Der Offene Kanal (im folgenden OK) ist ein Kommunikations- und Kulturforum. Er gibt im Rahmen der gesetzlichen und technischen Möglichkeiten Einzelpersonen, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen und Institutionen (Nutzer/innen) Gelegenheit zur Verbreitung eigener Sendebiträge im Hörfunk und im Fernsehen. Der OK kann für Live- und vorproduzierte Beiträge genutzt werden. Er bietet den Nutzer/innen organisatorische und produktionstechnische Beratung. Der OK übernimmt die Sendeabwicklung der Beiträge.

(3) Als eigene Sendebiträge im Sinne des Abs. 2 gelten nur solche, die der/die Nutzer/in selbst und eigenverantwortlich mit Produktionsmitteln des OK gemäß § 6 dieser Satzung, oder mit eigenen Produktionsmitteln erstellt und gestaltet hat und einen wesentlichen Eigenanteil enthält. Ein wesentlicher Eigenanteil liegt beim Hörfunk bei einem Anteil von mindestens 10 %, beim Fernsehen bei einem Anteil von mehr als 50 %.

Andere Sendebiträge bedürfen einer Ausnahmegenehmigung durch die/den Beauftragten für den Bürgerrundfunk.

(4) Im OK soll möglichst vielen Nutzern/innen Gelegenheit gegeben werden ihre Beiträge innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu verbreiten.

(5) Die Bremische Landesmedienanstalt bestellt eine/n Beauftragte/n für den Bürgerrundfunk.

§ 2 Nutzungsberechtigung

(1) Nutzungsberechtigt ist, wer in den Städten Bremen und Bremerhaven seine Wohnung oder seinen Sitz hat; Personen aus niedersächsischen Gemeinden, in deren Kabelnetzen der Bürgerrundfunk empfangen wird, kann der Zugang zum OK gewährt werden.

(2) Nicht nutzungsberechtigt sind staatliche und kommunale Stellen sowie Parteien oder Wählervereinigungen.

(3) Die Verantwortung für den jeweiligen Beitrag trägt der/die Nutzer/in. Der Name der/des Sendeverantwortlichen ist am Anfang und am Ende jedes Beitrages anzugeben; er ist Bestandteil des Beitrages.

Die Beiträge dürfen keine Werbung enthalten.

Die Verantwortung für die Programmankündigung trägt der Beauftragte für den Bürgerrundfunk.

§ 3 Sendezeiten

(1) Die/Der Beauftragte für den Bürgerrundfunk legt die Sendetermine für die Verbreitung von Beiträgen im OK fest. Der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk bzw. eine von ihm beauftragte Person teilt den genauen Sendetermin dem/der Nutzer/in in der Regel bei der Sendeanmeldung mit; im Einzelfall kann der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk von diesem Verfahren abweichen.

(2) Die Länge eines Beitrages soll im Hörfunk wie im Fernsehen 60 Sekunden nicht unterschreiten, sowie 55 Minuten im Hörfunk und im Fernsehen 60 Minuten nicht überschreiten. Die/Der Beauftragte für den Bürgerrundfunk kann Ausnahmen zulassen.

(3) Die monatliche Höchstzahl der Beiträge eines Nutzers/ einer Nutzerin wird auf vier festgelegt. Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Die Beiträge werden grundsätzlich in der Reihenfolge ihres Eingangs verbreitet: Wünsche zu besonderen Sendezeiten können berücksichtigt werden. Beiträge verschiedener Nutzer/innen, die in einem besonderen Zusammenhang stehen, können nacheinander verbreitet werden. Die/der Beauftragte für den Bürgerrundfunk kann, sofern keine unangemessene Benachteiligung anderer Nutzer/innen damit verbunden ist, Abweichungen von der Reihenfolge der Sendeanmeldungen zulassen:

a) unter Berücksichtigung der zeitlichen Wünsche der Nutzer/innen;

b) zur Zusammenfassung thematisch ähnlicher Sendebiträge verschiedener Nutzer/innen zu Sendeblocken (Vergl. Absatz 4 Satz 2);

- c) zur Ermöglichung von Livesendungen;
- d) zur optimalen Ausnutzung der vorhandenen Sendezeiten für möglichst viele Nutzer/innen;
- e) aus Gründen der Aktualität;
- f) für Sendungen, die sich besonders auf Bremen bzw. Bremerhaven beziehen.

Ein Anspruch auf einen bestimmten Sendetermin besteht nicht.

(5) Der/Die Beauftragte für den Bürgerrundfunk kann die Wiederholung einzelner Sendungen oder Sendeblocke vorsehen, sofern der/die Nutzer/in einer Wiederholung nicht widerspricht.

(6) Die Landesmedienanstalt kann für einen Teil der Sendezeit ein festes Sendeschema (z.B. inhaltliche Vorgaben und Vorgaben zur Dauer der Sendungen) festlegen.

§ 4 Nutzerverzeichnis

(1) Der Zugang zum OK setzt die Eintragung in ein Nutzerverzeichnis voraus. Die Eintragung berechtigt zur Nutzung von Produktionsmitteln und der Sendezeit des OK unter Maßgabe des BremLMG und dieser Satzung.

2) Die Eintragung erfolgt auf der Grundlage der persönlichen Angaben des Nutzers/der Nutzerin in der Regel unter Vorlage des Personalausweises bzw. eines anderen amtlichen Nachweises. Minderjährige müssen die Einverständniserklärung des/der Erziehungsberechtigten vorlegen.

(3) Die Nutzungsberechtigung erlischt, wenn die Einrichtungen des OK ein Jahr nicht genutzt worden sind.

Eine Überprüfung der Nutzungsberechtigung erfolgt mindestens einmal jährlich.

(4) Für statistische Zwecke werden die Geburtsdaten der Nutzer erfaßt.

(5) Die Speicherung personenbezogener Daten richtet sich nach den jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

§ 5 Sende Anmeldung

(1) Jeder Beitrag ist bei der/dem Beauftragten für den Bürgerrundfunk bzw. bei von ihr/ihm beauftragten Mitarbeiter/innen frühestens 8 Wochen, spätestens 6 Tage vorher, anzumelden. Für aktuelle Sendebeiträge kann die Frist der Sende Anmeldung auf mindestens 3 Stunden vor Sendebeginn verkürzt werden.

(2) Die Sende Anmeldung muß Namen und die Adresse des/der Nutzers/in enthalten, wie er/sie im Nutzerverzeichnis ausgewiesen ist. Bei rechtsfähigen Gruppen, Organisationen und Institutionen ist daneben eine volljährige natürliche Person als sendeverantwortlich zu benennen, die ebenfalls als Nutzer/in im Nutzerverzeichnis eingetragen sein muß.

(3) Die Sende Anmeldung muß Namen, Anschrift und Unterschrift der verantwortlichen Person enthalten sowie folgende Erklärungen und Angaben:

- a) Titel und Länge des Beitrages;
- b) Sendart (Fernsehen/ Hörfunk);
- c) Produktionsart (live oder vorproduziert mit dem vorgesehenen Abspielsystem);
- d) Einverständniserklärung, ob der Beitrag ebenfalls im OK Bremen/ Bremerhaven oder in anderen OK s gezeigt werden darf;
- e) Erklärung, daß der OK von Ansprüchen Dritter freigestellt wird (Freistellungserklärung)
- f) Erklärung, daß es sich um einen eigenen Beitrag im Sinne von § 1 Abs. 3 handelt.

Die Sende Anmeldung kann Angaben enthalten über:

- a) die gewünschte Sendezeit;
- b) Inhalt und Absicht des Beitrages als Kurzinformation zur Information an die Presse;
- c) Daten zur Erhebung anonymisierter empirischer Untersuchungen.

(4) Mit der Freistellungserklärung versichert die für den Sendebbeitrag verantwortliche Person:

a) in dem Beitrag nicht gegen geltendes Recht, insbesondere nicht gegen § 14 BremLMG (Programmgrundsätze), sowie den Jugendmedienschutz–Staatsvertrag vom 25. Februar 2003 (Bremen.GBl. S. 33) in seiner jeweiligen Fassung zu verstoßen;

b) daß das Recht Dritter der Verbreitung des Beitrages nicht entgegensteht;

c) die Bremische Landesmedienanstalt von Ansprüchen Dritter freizustellen, die aus der Verbreitung/Produktion eines Beitrages entstehen.

5) Mit dem fertigen Sendebbeitrag bzw. unmittelbar nach der Beendigung von Live–Sendungen hat die für den Sendebbeitrag verantwortliche Person eine vollständige Liste der verwendeten urheberrechtlich geschützten Werke abzuliefern.

(6) Vorproduzierte Beiträge sollen spätestens 48 Stunden vor dem vorgesehenen Sendetermin vorliegen.

§ 6 Produktionsmittel

(1) Jede Produktion mit Mitteln des OK ist bei der/dem Beauftragten des OK bzw. bei einem/r von ihm beauftragten Mitarbeiter/in anzumelden.

2) Der/Die Beauftragte für den Bürgerrundfunk legt die Zeiten für die Ausleihe von Produktionsmittel sowie die Einzelbeteiligungen der Buchung und Ausleihe fest. Er/Sie kann dabei unterscheiden zwischen Livesendungen, Vorproduktionen und aktuellen Produktionen.

(3) Der/Die Nutzer/in kann die Einrichtungen des OK jeweils nur für eine Produktion für Hör– funk und Fernsehen anmelden. Eine erneute Inanspruchnahme der Produktionsmittel im OK ist erst dann möglich, wenn der fertig produzierte Beitrag abgeliefert oder die Produktion abgebrochen worden ist. Die Produktionsmittel werden in der Reihenfolge der Anmeldungen gebucht und können bis zu 8 Wochen im voraus angemeldet werden. Über Ausnahmen entscheidet der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk.

(4) Bei Produktionen im Fernseh– oder Hörfunkstudio des OK muß die/der Sendeverantwortliche persönlich anwesend sein.

(5) Für Beschädigungen oder Verlust von Produktionsmitteln haftet der/die Nutzer/in. Verlust oder Beschädigungen sind dem/der Beauftragten für den Bürgerrundfunk oder einem/einer von ihm beauftragten Mitarbeiter/in unverzüglich anzuzeigen.

(6) Aufgrund der technischen Voraussetzungen der Produktionsmittel im OK darf nur Video- und Audiomaterial verwendet werden, das von dem/der Beauftragten für den Bürgerrundfunk oder einem/er von ihm beauftragten Mitarbeiter/in zugelassen ist.

§ 7 Kosten

(1) Für die Verbreitung von Beiträgen und die Nutzung von Herstellungshilfen werden keine Kosten geltend gemacht.

(2) Die Beiträge müssen unentgeltlich erbracht werden. Der/Die Sendeverantwortliche trägt das wirtschaftliche Risiko für die Herstellung seines/ihres Beitrages.

(3) Für die zu leistenden Entgelte an urheber- und leistungsschutzrechtliche Verwertungsgesellschaften haften die Nutzer/innen und die verantwortliche Person gesamtschuldnerisch. Zur Abgeltung von Ansprüchen nach Satz 1 kann die Landesmedienanstalt pauschale Vereinbarungen mit den Verwertungsgesellschaften von Rechteinhabern eingehen.

(4) Die Kosten für analoge und digitale Aufzeichnungsmedien sind von den Nutzern/Innen zu tragen.

(5) Beiträge, die mit Produktionsmitteln des OK hergestellt werden, dürfen nicht wirtschaftlich verwertet werden. Über Ausnahmen entscheidet der/die Direktor/in der Landesmedienanstalt. Im Falle der wirtschaftlichen Verwertung kann die Landesmedienanstalt Erstattung der Produktionskosten in Höhe des Betrages verlangen, der an eine private Produktionsfirma zu entrichten gewesen wäre.

§ 8 Versagung und Ausschluß

(1) Verstößt ein Beitrag oder die Ankündigung eines Beitrages (Trailer) gegen die geltenden Gesetze, insbesondere gegen das Bremische Landesmediengesetz, den Rundfunkstaatsvertrag oder den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag oder diese Satzung, kann seine Verbreitung versagt oder abgebrochen werden.

(2) Wer als Nutzer/in des OK gegen geltendes Medienrecht und diese Satzung verstößt, kann bis zu zwei Monate von der Nutzung des OK ausgeschlossen werden. Im Wiederholungsfall oder in besonders schwerwiegenden Fällen kann ein Ausschluß für mehr als zwei Monate oder auf Dauer erfolgen.

Als Verstoß kommt neben den in Abs. 1 genannten Verstößen insbesondere in Betracht, daß der/die Nutzer/in:

a) mit seinem/ihrer Beitrag die angemeldete Sendezeit überschreitet;

b) falsche Angaben über Wohnsitz/Sitz zwecks Eintragung in das Nutzerverzeichnis macht;

c) falsche oder irreführende Angaben in der Sendeanmeldung macht;

d) als Sendeverantwortliche/r bei Produktionen im Fernseh- oder Hörfunkstudio des OK nicht persönlich anwesend ist;

e) Produktionsmittel nicht nutzt, mißbräuchlich nutzt oder verspätet zurückgibt;

e) Video- oder Audiomaterial verwendet, das nicht vom Beauftragten für den OK zugelassen worden ist;

f) Video- oder Audiomaterial verwendet, das nicht von dem/der Beauftragten für den Bürgerrundfunk zugelassen worden ist;

g) Verluste oder Beschädigungen nicht unverzüglich dem Beauftragten für den Bürgerrundfunk anzeigt;

h) Sendezeit ganz oder teilweise nicht nutzt und dies nicht spätestens 2 Wochen vor dem geplanten Sendetermin, bei kürzerer Anmeldefrist als 2 Wochen unverzüglich, dem/der Beauftragten für den Bürgerrundfunk oder einem/einer von ihm/ihr beauftragten Mitarbeiter/in anzeigt. In diesem Fall verliert der/die Nutzer/in den Anspruch auf weitere gebuchte Sendezeiten;

i) einen Beitrag, der mit Produktionsmitteln des OK hergestellt worden ist, entgegen § 7 Abs. 5 wirtschaftlich verwertet.

3) Entscheidungen, die einen Ausschluß von der Nutzung des OK bis zu zwei Monaten zum Gegenstand haben, trifft der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk.

Gegen diese ist Einspruch bei dem/der Direktor/in der Landesmedienanstalt zulässig, der/die abschließend entscheidet.

Entscheidungen, die einen dauerhaften Ausschluß oder einen über zwei

Monate hinausgehenden Ausschluß betreffen, trifft der Landesrundfunkausschuß.

§ 9 Beschwerden, Gegendarstellungen

(1) Beschwerden betroffener Personen über einen im OK gesendete Beitrag werden von dem/der Beauftragten für den Bürgerrundfunk beschieden, nachdem er dem/der Nutzer/in die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben hat.

Hilft er/sie der Beschwerde nicht ab, so leitet er/sie sie mit den vorliegenden Stellungnahme dem/der Direktor/in der Bremischen Landesmedienanstalt zur abschließenden Bescheidung zu.

(2) Ein Verlangen auf Gegendarstellung ist an die für den Beitrag verantwortliche Person zu richten. Die/Der Beauftragte für den Bürgerrundfunk stellt sicher, daß die Gegendarstellung unverzüglich verbreitet wird.

§ 10 Veranstaltungen

(1) Es besteht kein Rechtsanspruch eines Veranstalters gegenüber dem Bürgerrundfunk auf Berücksichtigung seiner Veranstaltung im Programm.

(2) Die Entscheidung darüber, welche Veranstaltungen Gegenstand des Ereignisrundfunks sind, trifft der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk, im Verhinderungsfall der/die Direktor/in der Landesmedienanstalt.

(3) Die Auswahl der Veranstaltungen hat anhand der gesetzlichen Bestimmungen zur Wahrung der Meinungsvielfalt nach § 41 Abs. 3 BremLMG zu erfolgen.

(4) Auch eigene Veranstaltungen des Bürgerrundfunks (z.B. Videowettbewerbe) können Gegenstand des Ereignisrundfunks sein.

(5) Übernommene Sendungen können sowohl in der Sendezeit des Offenen Kanals als auch über den Ereignisrundfunk verbreitet werden. Über die Platzierung dieser Programmteile entscheidet der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk.

(6) Die Bearbeitung des Materials aus programmlichen Gründen ist mit Einverständnis des Veranstalters möglich.

(7) Wenn der Veranstalter die Erlaubnis erteilt, kann das Material im Rahmen des Programmaustausches einem anderen nicht-kommerziellen Anbieter zur Verfügung gestellt werden.

(8) Vereinbarungen nach § 41 Abs. 4 über den Programmaustausch trifft der/die Beauftragte für den Bürgerrundfunk.

(9) Der/ Die Beauftragte für den Bürgerrundfunk hat den Landesrundfunkausschuss mindestens halbjährlich über die zur Übertragung ausgewählten wie auch die abgelehnten Veranstaltungen zu informieren.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen in Kraft.

Bremen, den 06. Juli 2005

Bremische Landesmedienanstalt